

Frank Tempel

(A)

H

Ich rufe den Zusatzpunkt 13 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Sylvia Kotting-Uhl, Hans-Josef Fell, Ekin Deligöz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**Euratom-Vertrag ändern – Atomausstieg europaweit voranbringen – Atomprivileg beenden**

– Drucksache 17/7670 –

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie (f)

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union (f)

Ausschuss für Bildung, Forschung und

Technikfolgenabschätzung

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

**Federführung strittig**

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat die Kollegin Sylvia Kotting-Uhl für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall des Abg. René Röspel [SPD])

**Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Bei uns muss man immer erst leisten. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Vertrag zur Gründung einer Europäischen Atomgemeinschaft wurde in den 54 Jahren seiner Existenz kaum verändert. Die Vorzeichen, unter denen er geschlossen wurde, waren aber völlig andere als die, unter denen die heutige Energiepolitik steht. Ziel war damals, die Entwicklung der zivilen Atomenergienutzung in Europa zu fördern, aus der inzwischen überholten Überzeugung heraus, dass – ich zitiere – „die Kernenergie eine unentbehrliche

<sup>1)</sup> Anlage 2

Sylvia Kotting-Uhl

- (A) Hilfsquelle für die Entwicklung und Belebung der Wirtschaft und für den friedlichen Fortschritt darstellt“. Die Hoffnungen auf eine saubere und vor allem sichere Energieversorgung haben sich jedoch nicht erfüllt. Das haben die Unfälle von Harrisburg, Tschernobyl und Fukushima leidvoll gezeigt. Wichtige Fragen wie die der Endlagerung der atomaren Abfälle sind bis heute ungelöst. Die versuchte Trennung in friedliche und militärische Nutzung der Atomenergie konnte die weitere Ausbreitung von Atomwaffen nicht verhindern.

Die Akzeptanz der Atomkraft ist einem Wandel unterworfen, Euratom ist stehen geblieben. Die Zielrichtung des Euratom-Vertrages, die Voraussetzungen für die Entwicklung einer mächtigen Kernindustrie zu schaffen, steht heute in eklatantem Widerspruch zu den Bemühungen von Mitgliedstaaten und Europäischer Union, eine sichere und nachhaltige Energieversorgung zu entwickeln.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei der SPD)

Trotz divergierender Ansichten der Mitgliedstaaten zur Atomkraft besteht doch ein Konsens dahin gehend, dass die Zukunft der Energieversorgung nicht in der Kernspaltung, sondern in regenerativen Energien liegt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei der SPD sowie der Abg. Dorothee  
Menzner [DIE LINKE])

- (B) Ein möglicher atomarer Unfall und seine Folgen bedrohen die Bevölkerung ganz Europas. Nur gemeinsames europäisches Handeln kann Bevölkerung und Umwelt ausreichend schützen. Euratom muss grundlegend reformiert werden.

Der Aktualisierungsbedarf ist nicht nur von Deutschland tatsächlich längst erkannt. Davon zeugt die Erklärung Nr. 54 zur Schlussakte von Lissabon vom 13. Dezember 2007:

Deutschland, Irland, Ungarn, Österreich und Schweden stellen fest, dass die zentralen Bestimmungen des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft seit seinem Inkrafttreten in ihrer Substanz nicht geändert worden sind und aktualisiert werden müssen.

Daher unterstützen sie den Gedanken einer Konferenz der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten, die so rasch wie möglich einberufen werden sollte.

Diese vier Jahre alte Erklärung wollen wir umsetzen.

Zunächst muss die Sonderstellung abgeschafft werden, die der Atomenergie durch Euratom zukommt. Die extrem hohe Forschungsförderung der öffentlichen Hand für Kernspaltung und Kernfusion ist die erfolgloseste Subventionierung in dieser Größenordnung geblieben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei der SPD – Maria Michalk [CDU/  
CSU]: Blödsinn!)

- (C) OECD-weit wurden in den letzten 60 Jahren weit über 90 Prozent aller öffentlichen Forschungsmittel in Kernspaltung und Kernfusion investiert. Die Kernspaltung deckt aber gerade einmal gut 2 Prozent der Weltenergienachfrage, und durch Kernfusion wurde in 60 Jahren keine einzige Kilowattstunde erzeugt.

Andererseits decken die erneuerbaren Energien, die nur einen winzigen Bruchteil der öffentlichen Forschungsmittel bekamen, heute bereits über 13 Prozent der Weltenergienachfrage.

(Maria Michalk [CDU/CSU]: Mit entsprechenden Kosten!)

Auch aus Verantwortung den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern gegenüber muss die Forschungsförderung stärker auf erneuerbare Energien und Energieeffizienz konzentriert werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei der SPD)

Forschungsförderung für Sicherheit und Entsorgung ist davon selbstverständlich unberührt.

Ebenso verlangen die im Euratom-Vertrag normierten Entscheidungsverfahren nach Reformen. Intransparenz und ein Parlament, das nicht mitentscheidet, passen nicht zur Demokratie des 21. Jahrhunderts. Wer wenn nicht die Regierung eines Landes, das in breitem Konsens den Atomausstieg beschlossen hat, soll sich auf europäischer Ebene für die notwendigen Reformen einsetzen? Dazu fordern wir unsere Bundesregierung auf.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei der SPD)

(D) Als Ultima Ratio muss der Ausstieg aus Euratom ins Auge gefasst werden. Er ist rechtlich möglich. Der Lissabonner Vertrag sieht vor, dass ein Mitgliedstaat einseitig aus dem Euratom-Vertrag aussteigen kann. Wie mir unsere Rechtsabteilung sagte, ist dies nach Art. 106 a Euratom-Vertrag in Verbindung mit Art. 50 EU-Vertrag möglich.

(Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Und dann?)

Euratom ist nach dem Lissabonner Vertrag nicht mehr Teil der Säulenstruktur der Europäischen Union.

Wenn eine Reform, wie in unserem Antrag beschrieben, auf europäischer Ebene nicht durchsetzbar ist, muss Euratom von deutscher Seite aus gekündigt werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Und dann?)

Ich glaube nicht, dass wir mit Geld des deutschen Steuerzahlers zum Beispiel den Ausbau der Reaktoren in Temelin finanzieren sollten.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der  
LINKEN)

**(A) Vizepräsidentin Petra Pau:**

Das Wort hat der Kollege Thomas Bareiß für die Unionsfraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Thomas Bareiß (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Frau Kottling-Uhl, Sie haben ja recht: Das Ziel ist erreicht. Es gibt den Atomausstieg in den nächsten zwölf Jahren. Sie fordern nun, wir müssten aus dem Euratom-Vertrag heraus, weil wir in Deutschland in den nächsten zwölf Jahren aus der Kernenergie aussteigen. Wenn Ihre Argumentation schlüssig wäre, dann müssten auch Sie auf Ihre Funktion als atompolitische Sprecherin Ihrer Fraktion verzichten; denn Ihr Ziel – die Kernenergie in Deutschland wird in zwölf Jahren Geschichte sein – ist erreicht.

Wir brauchen aber nach wie vor den Euratom-Vertrag, weil es auch darum geht, die Kernenergie in Europa auf einem hohen Sicherheitsniveau zu halten. Es muss daher unser Ziel sein, dass es in den Staaten um uns herum sichere Kernkraftwerke gibt. Diese Sicherheit können wir gerade mit dem Euratom-Vertrag gewährleisten. Das muss unser erstes und oberstes Ziel bleiben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Lassen Sie mich jetzt auf die grundsätzlichen historischen Aspekte eingehen. Die Europäische Atomgemeinschaft ist ein Grundpfeiler der europäischen Gründungs-idee. Sie wurde 1957 in den Römischen Verträgen zusammen mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, der späteren EG, begründet.

**(B)****Vizepräsidentin Petra Pau:**

Kollege Bareiß, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Fell?

**Thomas Bareiß (CDU/CSU):**

Nein, danke. – Seitdem ist sie fortlaufend ein Grundpfeiler der europäischen Idee. Auf Grundlage des Euratom-Vertrages und durch die Koordinierung von Forschungsaktivitäten in Europa kann die Sicherheit der Kernkraftwerke und die von nuklearen Anlagen und damit vor allem die Sicherheit für unsere Bürger gewährleistet werden.

Als Eigentümer allen nuklearen Materials in Europa ist Euratom maßgeblich daran beteiligt, dass Missbrauch verhindert wird. Die Europäische Atomgemeinschaft stellt somit die friedliche Nutzung von nuklearem Material sicher.

Sicherungsmaßnahmen unterstehen der Euratom und der Internationalen Atomenergiebehörde, die auch regelmäßig Inspektionen durchführen. Durch die Aufsicht und die Vergemeinschaftung des nuklearen Materials findet eine gegenseitige Kontrolle statt und kann die Friedenssicherung gewährleistet werden.

Gerade weil die Sicherheit nicht vor Grenzen haltmacht, wie ich gerade schon gesagt habe, ist aus meiner

Sicht eine starke europäische Zusammenarbeit zwingend notwendig. Diese Zusammenarbeit wird seit über 50 Jahren in der Europäischen Atomgemeinschaft gewährleistet. Eigentlich sollten wir darauf stolz sein und uns glücklich schätzen, dass es diese enge Verzahnung innerhalb der Europäischen Union gibt. Deutschland hat in dieser Technologie- und Sicherheitsgemeinschaft immer eine zentrale Rolle gespielt – ja, wir waren Motor der Bewegung. **(C)**

Als die Gründungsväter die Europäische Atomgemeinschaft ins Leben riefen, wollten sie auf einem Zukunftsfeld der Energieversorgung die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene intensivieren und koordinieren. Das ist ihnen, glaube ich, damit auch gelungen.

Ich sage in aller Deutlichkeit: Trotz des deutschen Sonderwegs in Sachen Kernenergie wird Euratom weiterhin eine wichtige Rolle spielen, vielleicht sogar eine wichtigere als in der Vergangenheit. Denn wir müssen die Realitäten anerkennen: Länder wie Frankreich oder die Niederlande sehen in der Kernenergie eine tragende Säule ihrer Energieversorgung. In Großbritannien hat der öffentliche Zuspruch zur Kernenergie in den letzten sechs Monaten sogar noch zugenommen. Was bringt es uns, wenn unsere Kraftwerke abgeschaltet sind, in unseren Nachbarstaaten aber Kernkraftwerke in Betrieb sind, die unsicher sind?

Deshalb ist es gut und richtig, dass sich Deutschland weiter intensiv an der Arbeit in der Europäischen Atomgemeinschaft beteiligt. Denn wenn wir auch zukünftig über nukleare Sicherheit mitreden wollen, wenn *wir* Standards setzen wollen, dann bietet die Europäische Atomgemeinschaft die ideale Plattform. **(D)**

Ihre Forderung, dass gerade die Anstrengungen im Bereich der Forschung aufgegeben werden sollen, ist falsch.

(René Röspel [SPD]: Quatsch, darum geht es doch gar nicht!)

Ich will es ganz deutlich sagen: Diese Forderung gefährdet die Sicherheit unserer Bevölkerung; denn nur durch Forschung können wir die Sicherheit der Kernenergie weiterhin steigern. Gerade hier greift der Euratom-Vertrag, der sich insbesondere auf die Forschungsförderung zur Sicherheit von Kernenergie erstreckt und sich nicht auf die Entwicklung von neuen Reaktortypen konzentriert.

An der Stelle möchte ich einen weiteren Aspekt aufnehmen: Gerade wir in Deutschland stehen in den nächsten Jahren noch vor enormen Herausforderungen, wenn es darum geht, die bestehenden 21 Kernkraftwerke zurückzubauen. Gerade hier ist es wichtig, dass dies im engen Erfahrungs- und Wissensaustausch mit unseren Nachbarn geschieht. Auch dabei wird der Euratom-Vertrag eine wertvolle Grundlage sein.

In diesem Zusammenhang begrüße ich, dass nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima der EU-Kommissar für Energie, Günther Oettinger, den europäischen Stresstest vorantreibt. Eine so tiefgehende Zusammenarbeit in

**Thomas Bareiß**

- (A) Sicherheitsfragen hat es in sieben Jahren Rot-Grün nie gegeben. Auch das ist ein wirklicher Sicherheitsgewinn.

Eine Koordinierung der europäischen Energiepolitik und der nuklearen Sicherheit ist von elementarer Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit des Industrie- und Wirtschaftsstandorts Europa im globalen Wettbewerb mit anderen Regionen in der Welt. Die Europäische Atomgemeinschaft ist ein gelungenes Beispiel in einem Teil der gemeinsamen Energiepolitik. Auch wenn dieser Teil in Deutschland durch den Atomausstieg an Bedeutung zu verlieren scheint, ist die bestehende Koordinierung über den Euratom-Vertrag wegweisend.

Denn wir brauchen nicht ein Weniger an europäischer Energiepolitik, sondern ein Mehr. Nur so können wir unsere Ziele in den nächsten Jahren verwirklichen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Zu einer Kurzintervention hat der Kollege Fell das Wort.

**Hans-Josef Fell (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Kollege Bareiß, Sie haben in Ihrem Redebeitrag im Wesentlichen nur auf einen kleineren Teilaspekt der Grundlagen des Euratom-Vertrages hingewiesen, nämlich auf die Safeguards-Bestimmungen und auf die Sicherheitsmaßnahmen, die über Euratom in Europa koordiniert werden.

- (B) In der Präambel des Euratom-Vertrages steht aber ganz klar: Sinn des Euratom-Vertrages sind die Förderung und der Ausbau der Atomenergie in Europa. – Dafür gibt es eine unheimlich starke Unterstützung mit sehr vielen Beiträgen – auch aus Deutschland, zumindest finanziell. Diese Beiträge werden benutzt für die innereuropäische und sogar über Europas Grenzen hinausgehende Unterstützung des Aufbaus neuer Atomreaktoren. Das gilt beispielsweise auch für Temelin, einen Reaktor, der nur 60 Kilometer von der deutschen Grenze entfernt steht und zu dem viele sagen, dass er sehr unsicher ist und dass hier die europäischen Sicherheitsbestimmungen über Euratom nicht genügend angewandt werden. Wir wissen spätestens seit der Katastrophe in Japan, dass wir endgültig aus der Atomenergie aussteigen müssen. Wir freuen uns, dass Sie endlich die Wende in der Atompolitik vollzogen haben, indem Sie sagten: Die Atomenergie ist eine unsichere Technologie. – Nun sehen wir, dass Tokio viel weiter von Fukushima entfernt ist als die bayerische Grenze von Temelin oder Freiburg von Fessenheim; auch andere Reaktoren in Nachbarländern sind wesentlich näher.

Deswegen meine Fragen: Wie können Sie die Unterstützung der Ausbauwünsche mancher europäischer Nachbarn aufrechterhalten, wenn Sie sagen, dass Atomreaktoren unsicher sind und wir sie in Deutschland abschalten müssen? Wie können Sie verantworten, dass Deutschland mit vielen Steuergeldern exakt diesen Ausbau unterstützt, obwohl die Bedrohung durch ausländi-

- sche Reaktoren in Grenznähe genauso groß ist wie durch Reaktoren innerhalb Deutschlands? (C)

Ich kann das nicht verstehen und fordere Sie deswegen auf, zusammen mit der Bundesregierung einen Weg zu suchen, dass mindestens – das ist der erste Teil unseres Antrages – die die Atomenergie betreffenden Förderatbestände aus dem Euratom-Vertrag verschwinden. Dies ist die Minimalforderung, die Sie eigentlich mittragen müssten, weil Sie wie wir der Meinung sind, dass eine Nutzung der Atomenergie nicht mehr verantwortbar ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Sie haben das Wort zu einer Erwiderung.

**Thomas Bareiß (CDU/CSU):**

Herr Fell, Sie sind in der Energiepolitik schon etwas länger unterwegs als ich und wissen genau, dass es in der Europäischen Union viele Staaten gibt – Sie haben das gerade auch gesagt –, die weiterhin auf die Kernenergie setzen. Es gibt sogar viele Länder, die bereit sind, neue Kernkraftwerke zu bauen. Ich glaube, es ist in unserem ureigenen Interesse, dass die Sicherheit der Kernkraftwerke, die weiterhin bestehen und neu gebaut werden, auf dem höchsten Niveau in der Welt bleibt. Wenn ein Atomkraftwerk in Europa – –

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:  
Dafür sollen wir deutsche Steuergelder verschwenden?) (D)

– Die deutschen Technologien in diesem Bereich waren immer führend und haben dafür gesorgt, dass vor allem die Kernkraftwerke in Europa auf höchstem Sicherheitsniveau bleiben. Das sollte in unserem Interesse sein. Deshalb sollten wir den Euratom-Vertrag weiterhin unterstützen.

(Tabea Rößner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Um Gottes willen!)

Wir sollten weiterhin Geld investieren, damit die Kernkraftwerke in Europa sicher bleiben und damit auch unsere eigene Sicherheit weiterhin gewährleistet ist.

Angela Merkel hat im Übrigen in den letzten Monaten, nach Fukushima, eine hervorragende Arbeit im Europäischen Rat geleistet, um andere europäische Staaten, die weiterhin auf Kernenergie setzen, von dem Weg zu überzeugen, weiterhin in die Sicherheit zu investieren und die Sicherheitsstufen weiter zu erhöhen. Wir werden in den nächsten Tagen von der Kommission die Ergebnisse des Stresstests erhalten. Daraus werden konkrete Handlungsempfehlungen folgen, die, wie gesagt, auch unsere Sicherheit weiter befördern. Insofern sind wir da auf dem richtigen Weg.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Thomas Bareiß

- (A) NEN]: Ich habe Sie nach den Fördertatbeständen gefragt!

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Wir sind jetzt nicht im Dialog. Das war die Möglichkeit, auf die Kurzintervention zu antworten. – Das Wort hat nun der Kollege René Röspel für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

**René Röspel (SPD):**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als der Euratom-Vertrag vor mehr als 50 Jahren geschlossen wurde – wir haben schon ein bisschen dazu gehört –, wurde die Debatte um die Kernenergie – damals hieß es noch „Kernenergie“, später hieß es „Atomkraft“ – einerseits von einer dramatischen Erkenntnis in der Welt und andererseits von einer großen Hoffnung begleitet und getragen.

Die dramatische Erkenntnis ist durch die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki entstanden: Die Atomenergie darf niemals zu militärischen Zwecken genutzt werden, weil die Konsequenzen für die Menschheit verheerend wären. Gleichzeitig gab es die große Hoffnung, dass die friedliche Nutzung der Atomkraft einen Beitrag zur Energieversorgung leisten könnte. Unter den damals herrschenden Eindrücken war es wahrscheinlich folgerichtig, dass man in Europa gemeinsam eine neue Technologie entwickeln und friedlich nutzen wollte und so eben auch gemeinsam verhindern konnte, dass sie zu unfriedlichen Zwecken genutzt werden kann.

- (B) Das ist jetzt mehr als 50 Jahre her. Was ist geblieben? Sicherlich die dramatische Erkenntnis über die verheerenden Auswirkungen der militärischen Kernenergienutzung. In den letzten 50 Jahren gab es auch Vorkommnisse wie die in Harrisburg, Tschernobyl und Fukushima, die dazu geführt haben, dass sich die große Hoffnung auf der anderen Seite aufgelöst hat. Die Nutzung der Atomkraft ist nicht mehr rational begründbar, zumal die Endlagerprobleme nach wie vor nicht gelöst sind.

(Beifall bei der SPD)

In diesen 50 Jahren hat sich also viel verändert, jedoch eines so gut wie gar nicht, nämlich der Euratom-Vertrag. Herr Kollege Bareiß, wenn man in diesen Vertrag schaut, kann man lesen – das haben der Kollege Fell und die Kollegin Kottling-Uhl richtig erwähnt –, dass das Ziel des Euratom-Vertrags darin bestehe – ich zitiere ungefähr –, eine mächtige Kernindustrie in Europa auszubauen und die Atomkraft zu fördern.

Wer das nach über 50 Jahren nach wie vor für ein erstrebenswertes Ziel einer gemeinsamen verantwortlichen europäischen Forschungs-, Wirtschafts- und Energiepolitik hält, hat nichts dazugelernt.

(Beifall des Abg. Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Deswegen ist es eindeutig richtig, dass der Euratom-Vertrag mindestens verändert werden muss.

- (C) Bereits die rot-grüne Bundesregierung hat 2003 im Rahmen der Verhandlungen über den Lissabon-Vertrag in einer Anmerkung an den Konvent deutlich gemacht, dass sie glaubt, dass auch der Euratom-Vertrag verändert und neu ausgerichtet werden müsse.

2007 hat es unter der Großen Koalition, als der Lissabon-Vertrag in die Schlussphase ging, ein Protokoll nicht nur von der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch von weiteren europäischen Staaten gegeben, die ausdrücklich betonten, dass es eine Neuausrichtung des Euratom-Vertrages geben müsse, weil die Zeit über ihn hinweggegangen sei und die Zielsetzung eine andere sein müsse. Das war im Jahr 2007, also vor Fukushima.

Jedoch hat diese Bundesregierung – es wäre interessant gewesen, zu erfahren, wie weit sie sich eigentlich in der Tradition der außenpolitischen Handlungsweise ihrer Vorgängerregierung aufgehoben fühlt bzw. sie weiterführt – in den letzten sieben Jahren dazu nichts getan.

Die rot-grüne nordrhein-westfälische Landesregierung hat eine Initiative im Bundesrat auf den Weg gebracht, um den Euratom-Vertrag zu verändern und neu auszurichten. Richtig ist – das spiegelt sich im Grünen-Antrag wider, der fast wortgleich ist –, dass die Sonderstellung der Kernenergie bezüglich Baugenehmigungen, Forschungsförderung und anderer Möglichkeiten, die im Euratom-Vertrag fast manifestiert ist, beendet werden muss. Kernenergie kann nicht mehr mindestens bevorzugt behandelt werden, sondern muss eher nachrangig gegenüber Energieeffizienz und erneuerbaren Energien in Europa und in Deutschland behandelt werden.

- (D) Eine weitere Forderung in dieser Landesregierungsinitiative aus Nordrhein-Westfalen lautet – anders als Sie es dargestellt haben, Herr Bareiß –, ausdrücklich dafür Vorkehrungen zu treffen und Forschungen zu betreiben, dass die Sicherheitsstandards beim Betrieb von Atomkraftwerken in Deutschland und in Europa möglichst hoch sind. Ebenfalls sollen bei der Entsorgung die Voraussetzungen und die Sicherheitsstandards so hoch wie möglich sein.

All diese Punkte bis hin zur Neuausrichtung des Euratom-Vertrags finden sich im Grünen-Antrag wieder, den wir deswegen in diesen Punkten ausdrücklich begrüßen. Der Text entspricht wortgleich der Initiative der rot-grünen Landesregierung – ergänzt um zwei wichtige andere Punkte. Ein Punkt ist inhaltsgleich mit einer Forderung der Bundesratsinitiative der grün-roten baden-württembergischen Landesregierung, ausdrücklich eine europäische Gemeinschaft für erneuerbare Energien auf den Weg zu bringen.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Sehr gut!)

Auch das ist ein richtiger Schritt. Wir sind in dieser Frage rot-grün-koalitionär und halten es für inhaltlich begründet, das zu unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Zu einem Punkt, der nicht in der Initiative der rot-grünen Landesregierung enthalten ist, haben wir mindestens Diskussionsbedarf, wenn nicht vielleicht sogar Dissens.

**René Röspe**

- (A) Er betrifft die Frage, ob man aus dem Euratom-Vertrag einseitig aussteigen bzw. ihn einseitig kündigen kann.

Ich habe die Bundesregierung im Mai dieses Jahres gefragt, ob sie es für möglich halte, dass Deutschland einseitig aus diesem europäischen Euratom-Vertrag aussteigt. Sie hat diese Frage verneint. In der Antwort der Bundesregierung steht auch, ein Ausstieg aus Euratom sei nur denkbar, wenn es einen Ausstieg der Bundesrepublik Deutschland aus der Europäischen Union gibt.

(Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Quatsch! Was glaubt denn die SPD alles dieser Bundesregierung?)

Uns liegt glücklicherweise auch eine Antwort des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages auf eine Anfrage des Genossen Marco Bülow vor, die eine Reihe guter Argumente enthält. Ich finde, sie sind nachvollziehbar. Darin wird – das hat auch Kollegin Kotting-Uhl gesagt – es ausdrücklich für möglich gehalten, dass Deutschland einseitig aus dem Euratom-Vertrag aussteigt, ohne damit europäisches Recht zu verletzen. Es gibt eine Reihe guter juristischer Argumente.

Es stellt sich eine andere Frage in diesem Bereich – außerhalb der juristischen Unwägbarkeit, ob es möglich ist oder nicht –, nämlich ob es sinnvoll ist, sich aus einem Verein zurückzuziehen, den man eigentlich verändern will. Wir halten das für nicht sinnvoll. Ohne in einen Topf mit der rechten Seite des Hauses geworfen werden zu wollen – in den anderen Punkten unterscheiden wir uns deutlich –, sage ich: Wenn wir Euratom verändern wollen, dann müssen wir das innerhalb Euratoms versuchen, und zwar mit europäischen Bündnispartnern, wobei die Bundesregierung längst aufgerufen ist, diese Bündnispartner zu organisieren.

Es gibt in Europa unterschiedliche Sichtweisen zur Nutzung der Atomenergie. Es gibt Staaten, die aussteigen wollen, und es gibt Staaten, die Atomenergie weiterhin nutzen wollen. Ich finde, dass die Bundesrepublik innerhalb von Euratom die Aufgabe wahrnehmen muss, den Vertrag zu verändern, weg von der Atomenergie hin zu erneuerbaren Energien.

(Beifall des Abg. Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Nehmen wir uns ein Beispiel am erfolgreichsten Atomland der Europäischen Union, das ist Österreich. Österreich hat das beste Atomkraftwerk, das es weltweit gibt:

(Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Das AKW Zwentendorf!)

Das war das AKW Zwentendorf. Es ist niemals in Betrieb genommen worden.

(Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Ja, sehr lustig!)

Auf dem Gelände dieses Atomkraftwerks gibt es heute eine sehr große Photovoltaikanlage, die 180 000 Kilowattstunden Strom erzeugt. Wir sollten gemeinsam mit Österreich und anderen Vorbildern versuchen, den

- Euratom-Vertrag in Richtung einer sonnigen Zukunft zu verändern. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir werden diesen Antrag weiterhin sehr interessiert diskutieren.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Das Wort hat nun der Kollege Dr. Martin Lindner für die FDP-Fraktion.

**Dr. Martin Lindner (Berlin) (FDP):**

Frau Präsidentin! Verehrte Damen, meine Herren! Was wir von der Opposition gehört haben, ist sattsam bekannt, das ist Ihre Einstellung zur Atomkraft.

(Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und jetzt kommt etwas ganz Neues!)

– Nein, darum geht es in dem Antrag nicht. Es geht nicht um unsere wechselseitigen Einstellungen zur Nutzung der Kernkraft. Vielmehr geht es in dem Antrag darum, den Euratom-Vertrag zu ändern, den Atomausstieg europaweit voranzubringen und das Atomprivileg zu beenden.

(René Röspe [SPD]: Richtig!)

- In Ihrem Antrag fordern Sie – das steht vor allem unter Punkt III.e –, dass sich dafür Deutschland einsetzt, dass der europaweite Ausstieg aus der Nutzung der Atomkraft vorbereitet wird. Eine demokratische Kontrolle soll durch das Europäische Parlament gewährleistet werden. Sie glauben doch selber nicht im Ernst – wir sind hier unter uns, es ist kaum einer hier im Raum –, dass das auch nur ansatzweise Erfolg haben kann. (D)

(Viola von Cramon-Taubadel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Natürlich! – Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Haben Sie ein Vertrauen in die Institutionen!)

Wie ist denn die Situation in Europa nach dem einseitigen Ausstieg Deutschlands aus der Nutzung der Atomkraft? Wir stellen fest, dass es eine gegenteilige Bewegung gibt. Die Polen bauen ein Atomkraftwerk – die haben sich von Ihnen bzw. von uns – das muss man auch sagen – nicht davon abbringen lassen –,

(Lachen bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN – Swen Schulz [Spandau] [SPD]: Verdammt! Verdammt!)

Frankreich genießt seine Singularität im Bereich der Kernkraftnutzung,

(René Röspe [SPD]: Aber im Winter mit kaltem Hintern!)

und Großbritannien wirbt in der deutschen Industrie ganz offensiv für Zuwanderung mit dem Hinweis auf günstige Strompreise.

**Dr. Martin Lindner (Berlin)**

- (A) (Viola von Cramon-Taubadel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das heißt doch nicht, dass wir Steuergelder reingeben müssen! – Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Diese Argumentation kam im letzten Oktober auch!)

Vor allen Dingen in Zusammenhang mit der Euro-Krise wird uns vorgehalten, dass wir deutsche Interessen massiv durchsetzen würden. Glauben Sie ernsthaft, dass wir insbesondere in diesem zeitlichen Kontext andere Staaten in der EU dazu bringen, das von ihnen genossene Privileg aufzugeben?

(René Röspele [SPD]: Atomenergie ist ein „genossenes Privileg“?)

Das kann nicht sein. Diese Vorstellung ist wirklich abwegig.

Schauen wir uns den Vertrag genauer an. Lassen wir die Präambel weg. Im Bereich der Nichtverbreitung, der Versorgungssicherheit und der Grundnormen der Strahlenschutz funktioniert er gut. Ich habe mir angeschaut, wie die Förderung – dies kritisieren Sie nämlich – zahlenmäßig aussieht. Für die Jahre 2012 und 2013 ist ein Budget von insgesamt 2,5 Milliarden Euro vorgesehen, davon sind 2,2 Milliarden Euro – das war vorhin Ihre Frage –, also 86 Prozent, für Kernfusionsforschung vorgesehen.

(Viola von Cramon-Taubadel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das Geld wäre woanders besser eingesetzt!)

- (B) Für die Forschungsprojekte im Bereich der Kernspaltung einschließlich Strahlenschutz werden 118 Millionen Euro bereitgestellt. Die Nuklearforschungsarbeiten und die Arbeiten zur Gewährung der kerntechnischen Sicherheit der Gemeinsamen Forschungsstelle der Kommission, JRC, werden mit 233 Millionen Euro unterstützt. Wo soll denn da – das haben Sie suggeriert – eine Subvention des Bereichs der Kernenergie beinhaltet sein?

(Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sind das Peanuts im Vergleich zu den sonstigen Subventionen der Kernenergie?)

Das sind im Wesentlichen, zu 86 Prozent, Projekte, die der Kernfusionsforschung dienen. Ansonsten fließen die Mittel in den Bereich der Reaktorsicherheit.

Wenn man sich die weiteren Aufgaben von Euratom anschaut, stellt man fest, dass die Setzung von Sicherheitsstandards dazugehört. Des Weiteren wird dort alles, was mit Strahlenschutz und Entsorgung zusammenhängt, behandelt.

(Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das geht auch alles ohne Subventionierung! Das geht auch so!)

Es geht auch um die wechselseitige Verpflichtung und die Erklärung, dass sämtliches Nuklearmaterial innerhalb der EU Eigentum von Euratom ist, um die friedliche Nutzung sicherzustellen. Für Frankreich und Großbritannien gelten Sonderklauseln, für die anderen nicht. Das ist im Euratom-Vertrag geregelt.

Natürlich müssen wir an Euratom mitwirken. (C)

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Kollege Röspele, ich danke Ihnen, dass Sie trotz aller Lyrik herausgestellt haben – wenigstens da haben wir eine Gemeinsamkeit –, dass jenseits der juristischen Betrachtung der Frage, ob man sich einseitig von diesem Vertrag lösen kann, es auf keinen Fall politisch sinnvoll ist, sich einseitig aus dieser Gemeinschaft für Reaktorsicherheit und für Strahlenschutz zu verabschieden. Das wäre verantwortungslos.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Günter Baumann [CDU/CSU] – René Röspele [SPD]: Für Veränderungen eintreten! – Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Oh! Also wirklich! Vereinigung für Reaktorsicherheit!)

Das ist nichts anderes als populistische Verantwortungslosigkeit. Sie können doch nicht so dumm sein, ernsthaft zu unterstellen,

(Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt aber vorsichtig! Sie haben genug dummes Zeug gesagt! Seien Sie vorsichtig!)

dass dieser Vertrag wirklich zu ändern ist. Das heißt, der einzige Kerngehalt Ihres Antrags findet sich unter Punkt IV, wo steht:

Sollte diese Neuausrichtung auf europäischer Ebene nicht durchsetzbar sein, fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf, den Euratom-Vertrag von deutscher Seite aus zu kündigen. (D)

(Viola von Cramon-Taubadel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Natürlich!)

Da Sie nicht so dumm sind, zu glauben, dass Ihre Forderung unter Punkt III jemals in Erfüllung geht – wir leben nämlich nicht im Pippi-Langstrumpf-Land: Ich bastel mir die Welt, so, wie sie mir gefällt –,

(Dr. Barbara Hendricks [SPD]: Jetzt wird es langsam unangenehm!)

ist klar, dass es auf Punkt IV hinausläuft. Das wäre schlichtweg unverantwortlich.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Günter Baumann [CDU/CSU])

Kündigen heißt, nicht mehr bei den Verhandlungen über die Sicherheitsstandards dabei zu sein. Kündigen heißt, nicht mehr bei der Überwachung mitzureden. Kündigen heißt, sich aus der Verantwortung herauszuhebeln, völlig ungeachtet der Frage, dass die Kernkraftwerke in den allermeisten Ländern in Europa auch in den nächsten 20, 30, 40 Jahren weiterbetrieben werden.

Dann haben Sie uns auch noch eine Partnerschaft mit Österreich empfohlen.

(Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die haben wir doch schon! Die Erklärung gibt es doch! Die hat Ihre Regierung unterschrieben!)

**Dr. Martin Lindner (Berlin)**

- (A) Zwentendorf ist ein wunderbares Beispiel. Wissen Sie, das Problem von Österreich war doch, dass Österreich aufgrund der Tatsache, dass es die Kernkraft nie genutzt hat und dass das Kernkraftwerk Zwentendorf nie in Betrieb genommen wurde, bei allen Fragen nicht ernst genommen wurde. Es ist doch klar: Wenn man nicht dabei ist, wenn man nicht in der Verantwortung steht, dann hat man auch nicht mitzureden, dann kann man eben nicht mitgestalten.

(Lachen des Abg. René Rösper [SPD])

Das empfehlen Sie uns als Weg für Deutschland, für die größte Industriemacht in Europa, die immer noch Kernkraftwerke hat. Das ist unverantwortlicher Populismus. Dem schließt sich die Regierung selbstverständlich nicht an.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Das Wort hat der Kollege Alexander Ulrich für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

**Alexander Ulrich (DIE LINKE):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Man merkt auch in dieser Debatte deutlich, dass die Bundesregierung den Atomausstieg in diesem Frühjahr erzwungenermaßen beschlossen hat

- (B) (Sylvia Kötting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja!)

und es ein Fehler war, dass das Hohe Haus nicht unserer Forderung nachgekommen ist, den Atomausstieg im Grundgesetz niederzuschreiben; denn das, was jetzt passiert, ist umkehrbar. Diese beiden Fraktionen wollen auf jeden Fall zurück zur Kernenergienutzung. Das wurde auch in dieser Debatte wieder deutlich.

(Beifall bei der LINKEN – Günter Baumann [CDU/CSU]: Das hat kein Mensch gesagt!)

Wir haben vor etwa vier Wochen einen Antrag zu Euratom in den Bundestag eingebracht. Wir freuen uns, dass die Grünen jetzt einen ähnlichen Antrag einbringen. Wie ich gehört habe, will auch die SPD einen Antrag einbringen. Vor vier Wochen hat der Bundestag entschieden, unseren Antrag in den Europaausschuss zu überweisen. Dort ist bereits eine Anhörung geplant. Weil die Federführung heute strittig ist, appelliere ich an Sie, diesen Antrag an den gleichen Ausschuss zu überweisen; denn es macht wenig Sinn, eine Anhörung im Europaausschuss durchzuführen, wenn ein ähnlicher Antrag im Wirtschaftsausschuss behandelt wird. Deshalb fordere ich Sie auf: Überweisen Sie den Antrag mit in den Europaausschuss.

Zum Antrag der Grünen. Unseres Erachtens geht dieser Antrag nicht weit genug; Sie haben eine zu lasche Haltung. Wenn wir aus der Atomkraftnutzung aussteigen wollen, dann, glaube ich, müssen wir mit dem Fossil Euratom wirklich Schluss machen.

- (Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN) (C)

Es ist nicht ausreichend, nur Vertragsänderungen vorzunehmen. Aber das passt ein Stück weit zu Ihrem sonstigen Verhalten. Vor einem halben Jahr wurde der Atomausstieg mit Ihrer Unterstützung beschlossen. Auch damals – das muss man sagen – ist man vor der Atomlobby und den Energieriesen eingeknickt. Jetzt ist es ähnlich. Die Fraktion der Grünen springt meines Erachtens nicht weit genug. Wir müssen Euratom auflösen.

(Beifall bei der LINKEN)

Mit der Mitgliedschaft in Euratom verschwendet die Bundesregierung – das wurde schon angesprochen – jährlich Millionen von Euro für die europäische Atomlobby und Nuklearindustrie. Insbesondere fördert sie damit auch die Erforschung der Kernfusion, eine Energieform, die möglicherweise erst 2050 nutzbar ist.

(Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Möglicherweise nie!)

Jeder weiß, dass wir in Europa 2050 zu 100 Prozent erneuerbare Energien wollen. Das heißt, man fördert etwas, das man 2050 gar nicht mehr haben möchte. Insofern ist das eine Verschwendung von Steuergeldern.

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Sylvia Kötting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das Geld wird nicht, wie immer wieder behauptet, in die Verbesserung von Sicherheitsvorkehrungen oder von Strahlenschutz investiert. Wir haben festgestellt, dass Euratom gerade da große Mängel aufweist. Erst nach den Ereignissen in Fukushima sind die sogenannten Stresstests bei den AKW durchgeführt worden. Wenn Euratom so toll wäre, wären diese Stresstests nicht erst nach den Ereignissen in Fukushima durchgeführt worden. (D)

Die deutsche Bevölkerung wurde – ich habe es bereits erwähnt – mit einem schlechten Atomausstiegsgesetz zufriedengestellt. Jetzt wird, wenn wir Euratom nicht verändern oder beenden, dieser Atomausstieg in Deutschland über die europäischen Umwege konterkariert; denn das, was wir im Rahmen von Euratom weiterhin fordern, ist das Gegenteil von dem, was der Bundestag hier im Frühjahr entschieden hat. Die Vorredner sind darauf eingegangen.

(Günter Baumann [CDU/CSU]: So etwas Abwegiges!)

Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, endlich Nägel mit Köpfen zu machen, damit wir über die europäische Bande nicht eingeholt werden. Das entspricht nicht dem Willen der Bevölkerung.

Von Rednern der CDU/CSU, in der Vergangenheit auch von Rednern der SPD, aber insbesondere von Rednern der FDP wurde immer wieder erwähnt, man könne aus dem Vertrag nicht aussteigen. Das ist Quatsch. Mit dem Vertrag von Lissabon wurde Euratom strukturell aus der EU ausgegliedert. Die EU und die Europäische Atomgemeinschaft sind eigenständige Organisationen.

**Alexander Ulrich**

- (A) Deshalb kann man aus Euratom aussteigen. Auch wir haben beim Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages ein Gutachten angefordert. Man bestätigt uns, dass man natürlich aussteigen kann, dass sich juristisch überhaupt keine Probleme ergeben, wenn man aus Euratom aussteigt.

Wir wollen den Atomausstieg. Machen Sie mit. Überweisen Sie den Antrag in den Europaausschuss. Wir werden dieses Thema dann in der Anhörung mit Experten erörtern. FDP und CDU/CSU wollen weiterhin an der Atomenergienutzung festhalten. Sie wollen weiterhin den Energieriesen das Geld hinterherwerfen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: So ein Schwätzer!)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Das Wort hat der Kollege Dr. Georg Nüßlein für die Unionsfraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

**Dr. Georg Nüßlein (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Meine Damen! Meine Herren! „Die Welt braucht Kernenergie“, und die verantwortlichen Politiker dürfen sich dabei weder von „Umweltidioten“ noch von „Gerichten, die alles kaputt machen“, bremsen lassen. Das sagte

- (B) (Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Willy Brandt, oder?)

Helmut Schmidt, nachzulesen im *Spiegel* vom 18. Juni 1979.

(René Röspel [SPD]: Aber der ist zumindest lernfähig!)

Ich zitiere das, weil ich etwas deutlich machen will.

(Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bei Ihnen sagen das Politiker immer noch! Das ist das Schlimme! – Viola von Cramon-Taubadel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die SPD hat das Schlimmste überwunden!)

– Ich wollte Ihnen gerade recht geben, und Sie schreien jetzt schon wieder. – In der Tat sind die Perspektiven bei der Betrachtung des Themas, über das wir hier diskutieren, seit den 50er-Jahren wechselnd und vielfältig. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass man über den einen oder anderen Punkt des Euratom-Vertrages diskutieren muss. In diesem Sinne hat das die damalige deutsche Bundesregierung in der Schlussakte des Vertrages von Lissabon am 13. Dezember 2007 so festgelegt. Es ist zunächst einmal richtig, dass man über diese Themen diskutiert.

(René Röspel [SPD]: Was ist passiert, fragen wir!)

Nicht akzeptabel ist, dass Sie wieder den einseitigen Ausstieg, die Kündigung fordern, wenn auch mit einer

gewissen anderen Akzentuierung als bei den vorhergehenden Anträgen von Ihnen. Wir diskutieren nun leider nicht zum ersten Mal darüber, sondern zum x-ten Mal; ich kann mich jedenfalls erinnern, mehrfach zu diesem Thema gesprochen zu haben. (C)

Auch in diesem Zusammenhang kann ich Ihnen etwas vorlesen, und zwar aus einer Publikation vom Juli 2003. Im *Magazin für erneuerbare Energien* – es steht nicht im Verdacht, eine Sonderedition des *Bayernkuriers* zu sein –

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU)

hieß es:

Das BMU verweist schlicht darauf, dass das Auswärtige Amt zuständig sei. Ressortchef Joschka Fischer wiederum besteht auf der gegenteiligen Rechtsauffassung, Euratom sei nicht einseitig kündbar.

(Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Auch Joschka kann sich mal irren!)

Wenn Sie uns nicht glauben, meine Damen und Herren, dann glauben Sie doch Ihrem ehemaligen Bundesaußenminister,

(Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war vor Lissabon! – Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein! Wir haben diese Hierarchien nicht! Bei uns hat auch mal die Basis recht!)

(D)

der hier, wie ich fürchte, richtig zitiert wurde.

Also: Eine einseitige Kündigung kommt nicht infrage, juristisch nicht und auch politisch nicht, und zwar schlicht und schlank deshalb, weil im Euratom-Vertrag mehr geregelt ist als das, was Sie die Öffentlichkeit gerne glauben machen wollen. Natürlich geht es auch um Sicherheitsfragen, um Fragen der Nuklearmedizin, der Forschung, der Wissenschaft, der Nichtverbreitung von nuklearem Material und der Entwicklung und Einhaltung von einheitlichen Sicherheitsnormen.

(Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und das alles hängt an der Förderung von Kernkraft, oder wie?)

– Nein.

(Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Na also! – Gegenruf des Abg. Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Ach! Ich habe Ihnen doch die Zahlen vorgelesen! Sie wollen das bloß nicht hören!)

Das behaupten doch Sie. Legen Sie mir nicht den Unsinn, den Sie an dieser Stelle behaupten, in den Mund!

(Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir wollen renovieren! – Gegenruf des Abg. Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Ach, von wegen „renovieren“! So blöd seid ihr doch selber nicht!)

**Dr. Georg Nüßlein**

- (A) Das ist falsch. Sie wollen am Ende und unter dem Strich einseitig aussteigen.

(Beifall der Abg. Marie-Luise Dött [CDU/CSU] – Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben nichts verstanden! Schade! – Viola von Cramon-Taubadel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch Ultima Ratio! – Gegenruf des Abg. Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Wie bitte? „Ultima Ratio“? Das ist das Gegenteil von Ratio! Das ist Irratio!)

Immerhin konstatieren Sie in Ihrem Antrag ausnahmsweise – in Teilen scheinen Sie offenbar in der Realität angekommen zu sein –, dass die Atomenergie noch einige Zeit Teil des Energiemixes vieler Mitgliedsstaaten sein wird; das steht da.

(Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber warum muss der deutsche Steuerzahler das mitfinanzieren? Das ist doch die Frage!)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Kollege Nüßlein, gestatten Sie eine Frage oder Bemerkung des Kollegen Röspel?

**Dr. Georg Nüßlein (CDU/CSU):**

Ungern. Aber ich befürchte, er meldet sich sonst zu einer Kurzintervention. Dann dauert es noch länger.

- (B) (Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Dann dauert es noch länger, ja! Lieber jetzt!)

Also, bitte schön.

**René Röspel (SPD):**

Ich mache es ganz kurz. – Da Sie immer auf dem Ausstieg bzw. der einseitigen Kündigung herumreiten, frage ich Sie: Sind Sie denn mit allen anderen Forderungen einverstanden – dann könnten wir die Debatte abkürzen –, und wann wird die Bundesregierung endlich entsprechende Verhandlungen auf europäischer Ebene führen?

**Dr. Georg Nüßlein (CDU/CSU):**

All das wollte ich noch vortragen.

(René Röspel [SPD]: Soll ich mich setzen?)

Nun habe ich aber die Chance, dies nicht in meiner normalen Redezeit, sondern in Antwort auf Ihre Frage zu tun.

(Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie müssen nur das Entscheidende auswählen! Die Bemerkung zu Joschka Fischer hätten Sie sich zum Beispiel sparen können!)

Ich beginne mit Punkt III.a des Antrags. Dort sprechen sich die Grünen gegen die Forschungsförderung aus. Ich sage Ihnen ganz offen: Wir werden uns doch hoffentlich einig sein, dass man im Hinblick auf die Sicherheit weiterforschen muss.

- (René Röspel [SPD]: Ja! Aber bei der Sicherheitsforschung!)

(C)

Was das Thema Kernfusion betrifft, kann man rückblickend sagen: Hier ist wenig herausgekommen. Das heißt aber nicht, dass dort in Zukunft nichts passieren wird. Im Übrigen ist die Forschung von weltweiter Bedeutung. Angesichts des Energiehungers, den 7 Milliarden Menschen auf dieser Welt entwickeln werden, muss man über die eine oder andere Option nachdenken und – so sehr ich sie schätze – auch über den Tellerrand der erneuerbaren Energien blicken.

Ich fahre fort und komme auf Punkt III.e des Antrags zu sprechen.

(Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein! Sie sollen doch nur das Entscheidende vortragen!)

„Der europaweite Ausstieg aus der Atomkraft soll vorbereitet werden.“

(Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Ach! Alles Pippi Langstrumpf!)

Mir stellt sich die Frage, wie dies mit der Feststellung zu vereinbaren ist, dass wir momentan eine ganz andere Entwicklung erleben, nämlich die Entwicklung, dass man beispielsweise in Polen,

(Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Genau! Da wird sogar neu gebaut!)

wie der Kollege Lindner beschrieben hat, in eine ganz andere Richtung denkt und neue Kernkraftwerke baut.

(D)

(Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, genau! Und das finanzieren wir über Euratom! – Gegenruf des Abg. Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: So ein Quatsch! Das wird doch nicht aus diesen Mitteln finanziert! Das wird doch nicht aus den 2,5 Milliarden finanziert! Sie haben doch wirklich keine Ahnung, Frau Kollegin! – Gegenruf der Abg. Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich glaube, Sie haben ein bisschen wenig Ahnung! Wie spielen Sie sich denn hier auf? Sie Macho! Sie Angeber!)

Wenn Tschechien erst die entsprechenden Anträge auf den Tisch legt, werden sich viele darum bemühen, Deutschland Strom liefern zu können. Das ist nun einmal die Realität, mit der Sie umgehen müssen.

Viel spannender als immer nur den Euratom-Vertrag zu thematisieren, wäre, auch einmal über die Frage nachzudenken, was wir im europapolitischen Kontext unternehmen können. – Sie können darüber auch untereinander diskutieren; dann muss ich mich hier nicht abmühen. – Ich wäre eng an Ihrer Seite, wenn man endlich Druck machen und darauf hinwirken würde, dass das Thema Kernenergie und Sicherheit auf europäischer Ebene zum Topthema wird. Stattdessen geht es meistens darum, was uns alles aus Brüssel blüht. Jetzt will man uns sogar diktieren, wie wir hierzulande Maßnahmen zur Energieeffizienz umzusetzen haben. Über den Vorschlag, dass die Bürgerinnen und Bürger ihren Energieverbrauch um

**Dr. Georg Nüßlein**

- (A) 1,5 Prozent pro Jahr senken sollen, soll schon diskutiert worden sein. Das soll zwangsweise geschehen. Das ist planwirtschaftlich. Hier werden wir von Brüssel dirigiert. Es wäre doch besser, wenn wir über das wirkliche Thema, das europaweit und grenzüberschreitend eine Rolle spielt, nämlich die Sicherheit, diskutierten. Hier ist Euratom eine Basis. Entscheidend ist aber doch, dass wir das europapolitisch nach vorne stellen und nicht die Kleinigkeiten, die von Brüssel aus ganz gerne auf uns einwirken sollen.

Das halte ich für viel entscheidender, als dass Sie uns hier laufend mit demselben Antrag bombardieren, der sich immer nur in Nuancen von dem unterscheidet, was Sie hier kurz vorher vorgetragen haben.

(Zuruf von der SPD: Immer diese militärische Sprache! – Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist das erste Mal, Herr Nüßlein!)

Das ist nicht erbaulich. Ich hätte mir gewünscht, dass Sie dieses Thema ein bisschen konstruktiver begleiten würden.

(Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Noch konstruktiver? Wo ist denn Ihr konstruktiver Beitrag?)

Gerne kann man mit den Nachbarländern über die Frage diskutieren, wie es mit der europäischen Kernenergie weitergeht. Ich sage Ihnen aber auch: Sie werden unserem Beispiel nur folgen, wenn wir zeigen können, dass man auf der einen Seite sukzessive aus der Kernenergie aussteigen und auf der anderen Seite Wachstum und Wohlstand sichern kann.

(B)

(René Röspel [SPD]: Mit einer anderen Regierung können wir das!)

Hier können Sie Ihren Beitrag leisten. Ich konstatiere aber, dass Sie sich sonst, wenn es konkret wird, üblicherweise immer nur sperren. Immer dann, wenn es um Speicherkraftwerke, Netze, Windräder und andere Dinge geht,

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Oh!)

immer dann, wenn es konkret wird, sind Sie nicht dabei. Sie verkünden hier das Allgemeine und sperren sich im Konkreten.

(Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es fehlt noch das Moratorium, auch ein gutes Stichwort!)

– Ja, das muss man hier halt auch immer und immer wieder sagen. Fahren Sie doch einmal in den Schwarzwald und diskutieren Sie dort mit der Kreisvorsitzenden der Grünen, warum sie gegen das große Speicherkraftwerk ist. Das wäre eine spannende Sache. Dadurch könnten Sie einen größeren Beitrag zur Energiewende in Deutschland leisten als durch solche Schaufensteranträge. (C)

In diesem Sinne: Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Viola von Cramon-Taubadel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Eine einzige neue Idee bitte!)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 17/7670 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Die Federführung ist jedoch strittig. Die Fraktionen der CDU/CSU und FDP wünschen Federführung beim Ausschuss für Wirtschaft und Technologie. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wünscht Federführung beim Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union.

Ich lasse zuerst über den Überweisungsvorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abstimmen, also Federführung beim Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Überweisungsvorschlag ist abgelehnt.

Ich lasse nun über den Überweisungsvorschlag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP abstimmen, also Federführung beim Ausschuss für Wirtschaft und Technologie. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Überweisungsvorschlag ist mit den Stimmen der Unionsfraktion, der FDP-Fraktion und der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen angenommen. (D)

